

<b>Vorlage</b>  Federführende Dienststelle: Aachener Stadtbetrieb Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: E 18/0088/WP17 Status: öffentlich AZ: Datum: 26.01.2017 Verfasser:						
<b>Ratsantrag 194/17 vom 06.09.2016 – Die Linke Fraktion im Rat der Stadt Aachen</b> <b>Quote für geringer qualifizierte Beschäftigte beibehalten</b>							
Beratungsfolge: <span style="float: right;">TOP: __</span>  <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 20%;">Datum</td> <td style="width: 30%;">Gremium</td> <td style="width: 50%;">Kompetenz</td> </tr> <tr> <td>07.03.2017</td> <td>BAAST</td> <td>Kenntnisnahme</td> </tr> </table>		Datum	Gremium	Kompetenz	07.03.2017	BAAST	Kenntnisnahme
Datum	Gremium	Kompetenz					
07.03.2017	BAAST	Kenntnisnahme					

**Beschlussvorschlag:**

Der Betriebsausschuss Aachener Stadtbetrieb nimmt die Ausführungen der Betriebsleitung zur Kenntnis.

Der Ratsantrag der LINKE-Fraktion im Rat der Stadt Aachen gilt somit als behandelt.

**Erläuterungen:**

Der Stellenplan der Stadt Aachen sieht, wie auch die Stellenpläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen der Stadt Aachen, keine feste Quote für Personen mit geringen Bildungsabschlüssen vor.

Durch die Neuausrichtung der Abfallwirtschaft in Aachen werden durch die Umstellung logistischer Prozesse Einsparungen bei den Personal- wie auch den Betriebs- und Sachkosten erreicht, welche wesentlich zur Gebührenstabilität beitragen sollen. Zur Realisierung dieser Einsparungen wird daher nicht beabsichtigt, die in den kommenden drei Jahren durch natürliche Fluktuation frei werdenden Stellen nach zu besetzen.

Ungeachtet dessen ist es auch ein gesellschaftliches Ziel des Aachener Stadtbetriebes, gering qualifizierten Menschen Beschäftigungsperspektiven zu bieten. Aktuell verfügen dort rd. 180 Menschen über keine Berufsqualifikation, was einem Anteil von ca. 25 % entspricht.

Durch den geplanten Stellenabbau im Bereich der Abfallwirtschaft reduziert sich diese Quote auf 24 %, was gemessen an den qualitativ vorhandenen Aufgaben des Betriebes immer noch hoch ist. Insofern sollte es das Ziel sein, durch Ausbildung und Schulungen die Qualifizierungsquote zu erhöhen.

Auch eine Reduzierung von Fremdvergaben an Dritte bzw. die Rekommunalisierung von Aufgaben setzt entsprechend qualifiziertes Personal voraus.

Sollten Qualifizierung sowie wirtschaftliche und personalpolitische Gründe vorliegen, die Aufgabenerledigung noch stärker in Eigenregie zu bewältigen, wird seitens der Betriebsleitung entsprechend reagiert. Insofern steht jede externe Vergabe regelmäßig auf dem Prüfstand.

**Anlage/n:**

Ratsantrag Nr. 194/17

Herrn  
Oberbürgermeister Marcel Philipp  
Rathaus/Markt – Fax 432-8008  
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

06. Sep. 2016

Nr. 194/17

Aachen, 6. September 2016

**Ratsantrag: Quote für geringer qualifizierte Beschäftigte beibehalten**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
der Rat möge beschließen:

1. *Der zurzeit bestehende Personalschlüssel für Arbeitsplätze mit geringeren Bildungsabschlüssen wird auch zukünftig beibehalten.*
2. *Die Stellen der ausscheidenden Mitarbeiter, z.B. bei der Müllabfuhr, werden neu besetzt, um Aufgaben, die zurzeit ganz oder zum Teil an private Firmen vergeben werden, wie etwa die Pflege des Straßenbegleitgrüns oder den Winterdienst, zu rekommunalisieren.*

**Begründung**

Durch die bevorstehende Neuausrichtung der Abfallwirtschaft in Aachen werden sich Veränderungen für die Bürgerinnen und Bürger ergeben, u.a. sollen die Mülltonnen seltener geleert werden. Das hat mittel- und langfristig auch Konsequenzen für den Personalschlüssel im Aachener Stadtbetrieb; Entlassungen werden zwar ausgeschlossen, beim Ausscheiden von Müllwerkern aus dem Dienst wird sich jedoch die Anzahl der Beschäftigten verringern, die eher körperlich belastende Arbeit leisten und Perspektiven benötigen.

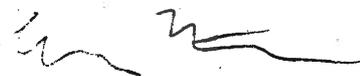
Gerade Menschen, die aus verschiedenen Gründen keinen hohen Bildungsabschluss nachweisen können, haben es auf dem Arbeitsmarkt zunehmend schwer eine existenzsichernde Arbeitsstelle zu finden.

Hier sehen wir die Stadt Aachen als Arbeitgeberin in der Pflicht, Beschäftigung für Menschen verschiedenster Qualifikationen zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens



Lasse Klopstein